



Verkaufsstellen und Abonnements-Verzeichnisse in Groß-Berlin...

Berliner Tageblatt

Nr. 414 - Ausgabe A Nr. 209

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 3. September 1921

50. Jahrgang

Die Verhandlungen mit Bayern.

Besprechungen Wirths mit bayerischen Vertretern.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, fand gestern nachmittags in der Reichstagskammer eine Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten Dr. Wirth, dem bayerischen Abgeordneten Dr. Preger, dem bayerischen Staatssekretär Schneider und dem Führer der bayerischen Zentrumspartei, Abgeordneten Dr. Dirx...

Die Reichsregierung in Notwehr.

Die bayerischen Demokraten für die Schutzverordnung. (Telegramm unseres Korrespondenten)

In der von uns bereits angeführten Rundgebung der Deutschen demokratischen Partei in Bayern zur politischen Lage wird ausgeführt: Eine schlimme Verheerung über uns liegt auf uns und unterliegt planmäßig die Abkehr von Recht und Gerechtigkeit...

Zur Umbildung des preussischen Kabinetts.

Zur Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen: Seitens dem Reichstagspräsidenten Dr. Wirth, dem bayerischen Abgeordneten Dr. Preger, dem bayerischen Staatssekretär Schneider und dem Führer der bayerischen Zentrumspartei, Abgeordneten Dr. Dirx...

Reichstagsleiter und Parteiführer.

Die Mitteilungen einiger Blätter über Besprechungen des Reichstagsleiters mit den Parteiführern sind unzutreffend und beruhen auf einer Verwechslung mit den Verhandlungen des Ausschusses des Reichstags...

Rundgebungen für die Republik.

Die Polizeibeamten des Polizeipräsidiums in Berlin sind in der Tat auf dem Boden der Verfassung stehen und der republikanischen Regierung...

Bayern kann nicht verkennen, daß die Reichsregierung in einer Notlage zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Staatsordnung befindet, deren Erhaltung auch die Interessen außerparlamentarischer Kreise zur Folge hätte. Demokratische Politik, die Verteidigung der Verfassung ist ein unparteilicher Gesichtspunkt zu führen...

Die Sicherung der Republik.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Der tatsächliche Minister des Innern hat heute seinen Antrag, der noch bis zum 15. September dauern sollte, plötzlich zurückgezogen. Er hat eine Verordnung erlassen, in der die Polizeibeamten des Bundes angewiesen werden, auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. August 1921, bis auf weiteres alle militärisch-polizeilichen Veranlassungen, insbesondere alle Regimentsreisen zu verbieten...

Dringender Verdacht

gegen Dilwig v. Dirshfeld.

Erlaß des Haftbefehls.

In der Sache des an den Reichsminister A. D. Erzberger verfaßten Memorandum hat der Reichsgerichtspräsident in Dresden auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Dresden Haftbefehl gegen Dilwig v. Dirshfeld erlassen. Zugleich hat das Reichsgericht Oberdeutsch das Berliner Polizeipräsidium ersucht, den hier in Haft befindlichen Dirshfeld dem Amtsgericht Dresden zugewiesen zu werden...

Die Staatsanwaltschaft Offenburg gibt bekannt: Ueber die Mörder Erzbergers ist festgestellt, daß sie vom 21. August bis zum Vormittag (26. August) im Galtshaus 'Zum Girschen' in Oppenau unter den offenbar falschen Namen Franz Riefel, Rud. Jure, aus Dillendorf, und Gust. Berger, Rud. Jure, aus Jena, logiert haben und am 26. August mit dem um 6 Uhr 45 Minuten abends von Oppenau abgehenden Zuge mit einer Fahrgastkarte 4. Klasse nach Offenburg abgereist sind.

Deutsche Volkspartei und Republik.

Die Verhandlungen des Reichstagsausschusses.

E. F. Die getriggen Verhandlungen des achten Reichstagsausschusses sind in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Zunächst haben sie ergeben, daß die bayerische Regierung, wenn sie sich jetzt noch gegen die Aushebung des Ausnahmezustandes in Bayern sträubt, völlig isoliert dasteht. Die Ausführungen des bayerischen Abgeordneten Dr. Preger bewegen sich in merkwürdigen Widersprüchen. Während er die Verordnung des Reichspräsidenten angriff, betonte er auf der anderen Seite die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des bayerischen Ausnahmezustandes...

Dem bayerischen Vertreter antwortete in einer in der Form maßvollen, in der Sache sehr entscheidenden Rede der Reichstagsleiter Dr. Wirth. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Demokratie ausgedrückt hat, nicht alles geschehen ist, um die Quellen der Verheerung von rechts zu verstopfen und die Spannungen auszugleichen. Es geht nicht an, rief er aus, daß man linksgerichtete Blätter unterdrückt und nach rechts alle Schleusen der Verheerung offen läßt. In eindringlichen Ausführungen wies der Reichstagsleiter nach, welche katastrophalen Auswirkungen die unpolitischen Wirkungen der verantwortlichen Reichstagsleiter nach sich ziehen. Mit vollem Recht bezeichnete er es als für Deutschland beschämend, daß gegenüber der ausgezeichneten Disziplin, die beispielsweise in der englischen Presse herrsche, in Deutschland durch verbreitete Blätter die Außenpolitik aus parteipolitischen Gründen sabotiert werde...

Starke Äußerungen machte dann am Schluß der Debatte die Erklärung des volksparteilichen Abgeordneten Dr. K. A. G. Die, die darin gipfelte, die Deutsche Volkspartei stehe zur republikanischen Verfassung und erkenne das Recht der Regierung an, die Republik mit allen Mitteln gegen eine gewalttätige oder verheerende Agitation von rechts oder links zu verteidigen. Auf den Wunsch des früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun wurde diese Erklärung von dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Schuler, gelesen und in der Tat, wiederum namens der Partei bekräftigt. Durch diese Erklärung ist eine Entwidlung innerhalb der Deutschen Volkspartei, die in Zeitungsaufstellungen der Abgeordneten v. Gampe und Stresemann bereits begonnen hatte, jetzt in die Sphäre der parlamentarischen Betätigung gerückt. Man wird allerdings feststellen, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer Haltung und in ihrer politischen Auffassung die Anerkennung der republikanischen Grundzüge noch nicht durchgeführt hat, daß sie im Lande noch vielfach in einer Verbindung mit den deutschnationalen und deren unfruchtlichen Bestrebungen steht. Wenn man aber daran denkt, daß immerhin die Bildung einer breiten Koalition der Mitte unter anderem daran gescheitert ist, daß die Deutsche Volkspartei keine Antwort auf die Aufgabe gab, ob sie im Parlament und in ihrer Betätigung im Lande für die republikanische Verfassung einzutreten gewillt sei, so wird man den jeglichen Erklärungen des Vertreters der Deutschen Volkspartei eine besondere politische Bedeutung beilegen müssen. Die folgende Erklärung der Partei als die tatsächliche Grundlage ihres politischen Denkens, so werden die übrigen Parteien aus diesem Erkenntnis zur Verfassung alle Konsequenzen im Reich und in Preußen zu ziehen haben.